Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei freier Zustellung bei Hausstandst. Trägerlohn monatl. 2.– RM., Postbezug 2.– RM. (einschließl. 21,6 Rpf. Postgebühren), dazu 36 Rpf. Zustellgeb., Postmonatl. 1.– RM. Kreuzbandsendung Inland 75 Rpf., Ausland 1.– RM. monatl. Einzelpreis: Außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf., in Groß-Dresden 10 Rpf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: die grundmm-Zeile 36 Rpf., Kleinanzeigen und private Familienanzeigen grundmm 22 Rpf., die grundmm-Zeile als Werbezeile 1,10 RM. Nachlaß nach Preisliste. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben keine Gewähr. Für Schließungen 30 Rpf. mehr. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 10 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A. Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen an die Schriftleitung ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 60 · Donnerstag, 12. März 1942 · 80. Jahrgang

U-Boot-Sieg vor Nord- und Mittelamerika

Feierliche Reichstagssitzung in Tokio – Bombay von Flüchtlingen überfüllt – Robert Bosch gestorben

Aufruf an Indien — Warnung an Australien

Großer Rechenschaftsbericht Tojos – Nach den ersten Entscheidungssiegen in Ostasien

× Tokio, 12. März

Der japanische Reichstag trat am Donnerstagvormittag zu seiner anläßlich der Kapitulation von Holländisch-Indien einberufenen Sondersitzung zusammen. Unter ungeheurem Beifall nahm er eine bedeutsame Erklärung des Premierministers zur politischen Lage entgegen, eine Erklärung, in der der Wille Japans nach Zerschmetterung der USA. und Großbritanniens erneut hervorzuheben ist wie Japans letzte Warnung an Australien oder das Eintreten Japans für Indiens Freiheit. Anschließend erstattete Tojo als Kriegsminister und Schimada als Marineminister Bericht über die militärischen Entwicklungen seit dem Fall von Singapur.

Ausgehend vom Verlust ganz Niederländisch-Ostindiens und vom Fall Rangguns, stellte er fest, daß die Unterwerfung Niederländisch-Ostindiens mit dem Fall von Java und der Kapitulation nahezu vollendet sei, daß aber mit Rangun der einzige Weg für die amerikanischen und britischen Hilfssendungen nach Tschungking abgeschnitten sei. In dem kurzen Zeitraum von nur 20 Tagen sei das verwirklicht worden, was von der kaiserlichen Regierung bereits früher angekündigt worden war.

Die Bevölkerung in Hongkong, Manila, Schanghai und in verschiedenen anderen Plätzen, die von den kaiserlichen Streitkräften vom Joch der Vereinigten Staaten und Großbritanniens befreit worden seien, beschäftigten sich bereits mit größtem Eifer mit dem Wiederaufbauwerk, wobei sie für vollkommenes Vertrauen in die kaiserliche Militärverwaltung [illegible]

Gelegenheit ergreifen, um Australien und Indien gegenüber noch einmal unsere Ansichten und Ueberzeugungen Japans zu wiederholen.

Die Australier müßten sich selbst über die Tatsache im klaren sein, daß es Australien mit seiner außerordentlichen dünnen Bevölkerung auf dem ausgedehnten Gebiet wegen seiner großen Entfernung von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, [illegible] liegt daher klar auf der Hand, welche Haltung Australien einnehmen sollte, um das Wohlergehen seines Volkes zu sichern. Sollte Australien seine gegenwärtige Einstellung nicht berichtigen, so wird es unvermeidlich in die Fußtapfen Niederländisch-Ostindiens treten. Ich hoffe, daß Australien, unberührt durch alle Beziehungen und andere Erwägungen, der vorherrschenden Lage Rechnung tragen und sich mit dem abfinden wird, was die Vorsehung diktiert. In dieser Weise sollte es seine Einstellung in dem jetzigen, so wichtigen Augenblick entscheiden.

Vor der Entscheidung der 400 Millionen

Was das indische Volk betrifft, so hegt Japan natürlich nicht den geringsten Gedanken, ihm irgendwie feindlich gegenüberzutreten. Ich möchte indessen hier wiederum bekräftigen, daß die Entschlossenheit Japans, den amerikanischen und den britischen Einfluß gründlich zu vernichten, keinerlei Veränderung erfahren wird. „Burma den Burmesen", dieser Ruf ist bereits auf dem Wege zur Verwirklichung. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es jetzt an der Zeit ist, ein „Indien den Indern" zu schaffen, was seit vielen Jahren der geheime Wunsch der vierhundert Millionen Inder ist. Großbritannien hat seit langem durch seine unrechtmäßige Herrschaft über Indien das indische Volk getäuscht. Die Realität der britischen Versprechungen, die den Indern im letzten Weltkrieg gegeben wurden, muß, davon bin ich überzeugt, im Gedächtnis des indischen Volkes immer noch lebendig sein. Jetzt ist Großbritannien wieder dabei, Indien mit allen Arten von Schmeichelkünsten zu täuschen. Wenn die Führer Indiens, irregeführt durch derartige britische Schmeicheleien, die langgehegten Wünsche des indischen Volkes verraten und damit diese vom Himmel gesandte Gelegenheit von sich werfen, so glaube ich, daß es keine Möglichkeit geben wird, Indien jemals zu retten, und es wird für die 400 Millionen des indischen Volkes kein größeres Unglück geben.

Wird sich Indien nicht als ein „Indien den Indern" erheben, um an der Schaffung der großostasiatischen Wohlstandssphäre mitwirken zu können, dann wird es ewig in den Fesseln der englisch-amerikanischen Mächte schmachten, um seinen Namen als Sklave der Nachwelt zu hinterlassen. Indien steht vor der Entscheidung, seine Vergangenheit zu liquidieren, die neue Lage klar und richtig zu sehen und eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Das Tschungkingregime steht jetzt, nachdem durch den Fall von Rangun seine Verbindung zu den Vereinigten Staaten und zu Großbritannien vollständig abgeschnitten worden ist, im wahren Sinne des Wortes völlig vereinsamt da. Was die Vereinigten Staaten und Großbritannien dem Tschungkingregime geben würden, ist nur nutzloses Geld, für das diese Mächte als Gegenleistung das Fleisch und Blut des chinesischen Volkes fordern. Gegen die Rädelsführer in Tschungking, die immer noch nicht zur Vernunft kommen wollen, obwohl sie vor ihren eigenen Augen die lebendigen Tatsachen sehen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die verschiedenen Länder und Völker durch Täuschung und Schmeicheleien zur Aufopferung für die Sache der USA. und England überreden und nach Niederringung der betreffenden Nationen ihnen keinerlei Beachtung mehr schenken, richtet sich meine tiefgründige Entrüstung, die mit Worten nicht beschrieben werden kann. Manchmal kann ich mich eines Mitleides für das chinesische Volk nicht erwehren, das in dieser Morgenröte Großostasiens unnützigen Leiden ausgesetzt wird, indem es blind diesen Rädelsführern in nutzlosem Widerstand gegen Japan folgt.

Auf die militärischen Siege eingehend, betonte Tojo, daß die amerikanische und die britische Kampfkraft be- [illegible]

17 Frachter mit 109000 BRT. versenkt

× Aus dem Führerhauptquartier, 12. März

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Die Operationen deutscher Unterseeboote in nord- und mittelamerikanischen Gewässern haben zu neuen großen Erfolgen geführt. 17 feindliche Handelsschiffe mit zusammen 109 000 BRT. sowie ein großer Bewacher und ein Unterseebootjäger wurden versenkt. Ein Unterseeboot drang bis in den Innenhafen von Port Castries auf der britischen Insel Santa Lucia vor. Es versenkte zwei große am Kai liegende Schiffe und ein drittes Schiff im Seegebiet vor der Insel.

[illegible] Macht

Bombay Kriegsgebiet

Privattelegramm der DNB.

+ Lissabon, 12. März

„Bombay ist vollgepfropft mit Flüchtlingen aus allen Klassen und Nationen", berichtet der Londoner „Daily Telegraph". Es gebe in dieser Stadt kein freies Zimmer oder Bett mehr. Die Lebensmittelversorgung sei ein Problem, das mit jedem Tag schwieriger werde. Bombay werde bereits als Kriegsgebiet angesehen. Ueberall rüste man fieberhaft zur Verteidigung.

Eine United-Meldung aus Mandalay faßt in der Eroberung des etwa 25 Kilometer von Rangun entfernten Flugplatzes von Mingaladon eine besonders ernste Gefahr für das östliche Indien, Kalkutta läge nur drei Flugstunden von diesem Platz entfernt und ist also für die japanischen Bomber jetzt mit Leichtigkeit zu erreichen. Die Lage der Engländer in Burma ist derartig verworren, daß eine einheitliche Oberleitung nicht mehr möglich ist. Der Gouverneur von Burma hat daher angeordnet, daß die Befehlshaber der einzelnen Verbände über deren Einsatz eigenmächtig verfügen [illegible]

Großdeutschlands Verfassungswirklichkeit

Reichsminister Wilhelm Frick, Gestalter des inneren Reichsaufbaues

Mit der gesetzgeberischen Seite der Geschichte der deutschen Einigung im Zeichen Adolf Hitlers hängt der Name des heute 65 Jahre alt werdenden Reichsministers Dr. Frick mit am engsten von allen Namen der Mitarbeiter des Führers zusammen. Jedes dieser den Neubau des Reiches aufrichtenden Gesetze kam unter seiner entscheidenden Mitwirkung zustande. Alle, angefangen bei dem sogenannten Ermächtigungsgesetz, das durch die Uebertragung der gesamten Legislative auf den Reichskanzler der Regierung Adolf Hitlers im März 1933 unbeschränkt freie Bahn schuf, bis zu den wichtigen, mächtige Quadern in den neuen Reichsbau einfügenden letzten grundlegenden Gesetzen des Friedens (Gesetz über die Wiedervereinigung Oesterreichs, des Sudeten- und des Memellandes mit dem Reich, Gesetz über die Errichtung des Protektorates) und dem letzten entscheidenden Gesetz des Krieges über die Errichtung des Ministeriums Rosenberg für die Ostlande, tragen die Unterschrift von Wilhelm Frick. Man braucht dazu nur einige der weiteren, für den Bau der deutschen Einheit fundamentalen Gesetze anzuführen, so das über die Gleichschaltung der deutschen Länder, das Reichsstatthaltergesetz, die Gesetze über die Volksabstimmung und gegen die Neubildung der Parteien, das Gesetz über den Einbau des Beamtentums in den nationalsozialistischen Staat, endlich als das wichtigste das Gesetz über den Neubau des Deutschen Reiches vom Januar 1934, das als die eigentliche Geburtsurkunde dieses Reiches anzusehen ist, um die Arbeitsleistung des Reichsministers des Inneren, des Chefs der obersten Verwaltungsbehörde Deutschlands, in einer weiten Sprache zu umreißen.

Weder der Führer, der Gesetzer des Reichsneubaues, noch sein getreuer Mitarbeiter Frick konnten sich bei der Aufrichtung seiner Grundpfeiler auf Vorbilder stützen. Zwar hatte Dr. Frick sich durch seine Verwaltungsreform in Thüringen organisatorisch „vorschulen" können. Als erster nationalsozialistischer Minister eines der dreiunddreißig Länder der Weimarer Republik führte er die Reform des thüringischen Verwaltungsapparates nach so praktischen Grundsätzen durch, daß dieser von ihm geschaffene neue staatliche Apparat im ganzen Reich als mustergültiges Vorbild anerkannt wurde. Aber bei diesen Reformen handelte es sich um Vereinfachungen, um Verbilligungen und um eine zweckmäßige Zusammenfassung der Verwaltung. Hier dagegen, bei dem Neubau des Reiches, ging es um eine neue staatsrechtliche Konstruktion. Galt es doch, den deutschen Partikularismus mit der Wurzel auszurotten und den uralten Traum aller Deutschen von einem einigen Deutschen Reich Wirklichkeit werden zu lassen.

Dem standen die Länder als Träger staatlicher Gewalt gegenüber. Das wichtigste Problem war daher die Ueberwindung des sowohl in dem Bismarckschen Reich wie erst recht in der Weimarer Republik latenten Gegensatzes von Ländern und Reich. Die Lösung wurde in der Entstaatlichung der Länder gefunden und in ihrer Umgestaltung zu bloßen dem Reich unterstellten Verwaltungsbezirken. Diese Verwaltungsbezirke decken sich ebensowenig wie die nach dynastischen Rücksichten entstandenen Länder genau mit den natürlichen, geographischen und stammesmäßigen Gegebenheiten, welche eigentlich zum Ausgangspunkt neuer Einteilung werden mußten, aber abgesehen von der Bereinigung der beiden Mecklenburg, der Erhaltung des Saargebietes als räumliche Einheit, der Aufstellung des Sudetengaues und der Gaue des vormaligen Oesterreichs, der Schaffung zweier schlesischer Gaue und einiger kleiner Vereinigungen in Nordwestdeutschland in der Reichsreform noch keine Berücksichtigung erfahren konnten. Aber so wichtig die Ziehung sinnvoller Verwaltungsgrenzen auch scheint, wichtiger war doch zunächst die Herstellung einer Reichssouveränität im Sinne der vollendeten Einheit des Reiches. Seit Dr. Frick am 30. Januar 1934, als das Gesetz zum Neuaufbau des Reiches geschaffen wurde, verkündete: „Von jetzt an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr, Träger der gesamten Staatshoheit ist ausschließlich das Reich", seitdem erst gibt es auch keine Hoheitsrechte der Länder mehr, seitdem ist die Einheit des Reiches, auf deren Wege die Periode der Gleichschaltung und das Reichsstatthaltergesetz vom 7. April 1933 lagen, Wirklichkeit geworden.

Wohl ist diese Reichseinheit mit ihrem straffen von oben nach unten durchgehenden Instanzenzug zentralistisch aufgebaut, aber sie bedeutet kein Aufsaugen aller Kräfte in ein Zentrum, in eine Regierungs- und Verwaltungszentrale, sondern sie läßt dadurch, daß sie wichtige Teilaufgaben der öffentlichen Verwaltung auf besondere Körperschaften überträgt, daß sie namentlich, wie es die neue Deutsche Gemeindeordnung vorsieht, die Gemeinden unter eigene Verantwortung stellt, der schöpferischen Tätigkeit ihrer Glieder weiten Spielraum. Starke Aufgliederung des deutschen Volks- und Staatslebens war von jeher ein charakteristisches Kennzeichen der deutschen Geschichte. Sie bleibt auch neben der Reichseinheit bestehen, gemäß dem Wesen dieser Einheit, die eine Einheit ist aus Vielfalt, u. a. dadurch, daß bestimmten regionalen Mittelpunkten bestimmte aus ihrer Sonderart erwachsene Sonderaufgaben zugeteilt werden: Berlin fällt die Aufgabe der Repräsentation des Reiches zu, München ist die Stadt der Bewegung und der Kunst, Nürnberg die der Kundgebungen, Goslar die Stadt des Reichsbauernschaft, Frankfurt die Stadt des deutschen Handwerks, Stuttgart die Zentrale der Auslandsdeutschen, Leipzig die Reichsmessestadt, die Stadt des deutschen Buchgewerbes und Buchhandels. Unmißverständlich äußert sich hier der Wille der deutschen Führung, kulturell ausgezeichnete Städte und Punkte gleichsam mit reichsunmittelbaren Aufgaben zu belehnen. Hier wie überall zeigt sich das Revolutionäre des politischen Verfassungsbegriffes unseres Reiches. Die Eigenart der Verfassung des nationalsozialistischen Reiches liegt nicht in ihrer Form, sondern in der Verfassungswirklichkeit. Die Form für diese Wirklichkeit ist noch nicht vorhanden. Ob überhaupt einmal eine Verfassungsurkunde in Kraft gesetzt wird, bestimmt sich ausschließlich nach der Zweckmäßigkeit einer solchen staatsrechtlichen Fixierung. Viel wichtiger als sie ist die politische Wirklichkeit. Denn: sie ist es, die als das Primäre und Schöpferische die Tatsachen erst schafft. Bisher haben die neuen staatsrechtlichen Gesetze lediglich den Vollzug einer Entwicklung bestätigt. Sie sind lediglich der äußere Niederschlag der wirklichen Grundordnung des Volkes, sie heben sich von der Gesamtheit des geltenden Rechts erstmalig durch ihren Inhalt, ihre Ausrichtung auf die politische Grundordnung unseres Volkes ab. Auch das ist staatsrechtlich etwas Neues, aber es ist angemessen der nationalsozialistischen Auffassung, daß nicht der Staat das Volk, sondern das Volk sich unter seiner Führung den ihm gemäßen Staat formt. So daß man in der theoretischen Betrachtung des nationalsozialistischen Einheitsstaates einerseits auf die Bewegung als den letzten und ausschlaggebenden Träger seiner konstituierenden Kraft kommt, andererseits auf einen Staatsbegriff, in dem nicht der Staat als äußere Ordnung des Volkes seine letzte Erfüllung findet, sondern das Volk, verstanden als auch außerhalb der Grenzen des Staates lebendes Gesamtdeutschtum, das deutsche Volk als das Reich aller Deutschen.

P. R.

Indien „Basis der künftigen Gegenoffensive"

Cripps fährt nach Delhi – Roosevelt soll in Indien eingreifen

Telegramm unseres Korrespondenten

△ Stockholm, 12. März

Im Unterhaus gab Churchill gestern seine lange erwartete Erklärung über die Indienfrage ab. Einleitend erklärte er, daß das Kriegskabinett jetzt sofortige und zukünftige Maßnahmen zu einer „gerechten und endgültigen" Lösung des indischen Problems beschlossen habe, womit er also andeuten wollte, daß es sich nicht um provisorische und halbe Schritte nach dem alten englischen Grundsatz des „to muddle through" (Durchwurschtein) handle. Ueber den Inhalt dieser Entschlüsse verweigerte er freilich vorläufig jede Auskunft. Dagegen machte er die wichtige Mitteilung, daß der Vorsitzende Sir Stafford Cripps im Auftrage des Kriegskabinetts sich so schnell wie möglich zu direkten Verhandlungen nach Indien begeben würde.

Churchill erinnerte zunächst daran, daß schon im August 1940 die Regierung Indien für die Nachkriegszeit den Dominionstatus auf der Grundlage einer „für indische Verhältnisse angemessenen Verfassung" versprochen habe, und zwar mit der Maßgabe, daß der Schutz der „Minderheiten" garantiert werde. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Indiens habe das Kabinett nun sofort Entschlüsse gefaßt. Diese Entschlüsse würden jedoch nicht bekannt gegeben, bevor die Inder den neuen Plan angenommen hätten. Churchill begründete dies mit der Gefahr, daß sonst die Entschlüsse der Regierung entweder von einer indischen Mehrheit torpediert oder durch den Druck der Mehrheit unmöglich gemacht würden. Eine vorherige Veröffentlichung könne überhaupt unnötige Diskussionen und Streitigkeiten hervorrufen, welche die Ausführung hindern könnten. Es würde daher einen schlechten Dienst für die gemeinsame Sache bedeuten, wenn der Plan in diesem kritischen Moment von irgendeiner indischen Seite zurückgewiesen würde. Das Kriegskabinett habe sich daher entschlossen, ein Mitglied zu direkten Verhandlungen nach Indien zu senden.

Cripps und Nehru

Cripps werde sich dieser Aufgabe unterziehen. Er begebe sich in kurzem nach Indien mit dem vollen Vertrauen und der Vollmacht des Kabinetts im Rücken. Dort werde er außerdem noch Besprechungen mit dem Vizekönig und dem Oberbefehlshaber betreffend die Sicherung Indiens haben. Es sei klar, daß Indien bei den kommenden Ereignissen eine außerordentliche Rolle zufallen werde, vor allem als „Basis einer künftigen Gegenoffensive". Es sollten daher jetzt keine Worte mehr verloren werden, die die Belastung, die das indische Problem für England bedeute, erhöhten oder die Aussichten auf gute Ergebnisse verminderten. Während der Abwesenheit von Cripps werde Eden dessen Geschäfte als Leiter des Unterhauses wahrnehmen. Auf eine Frage erklärte Churchill dann ausdrücklich, daß die Verhandlungen von Cripps die jetzt gefaßten Kabinettsbeschlüsse zur Grundlage hätten. Eine gleichlautende Erklärung gab der Kolonialminister Lord Cranborne im Oberhaus in seiner Eigenschaft als dessen Leiter ab.

Die Betrauung von Cripps mit der neuen Mission kommt nicht überraschend. Schon bald nach seiner Rückkehr aus Moskau wurde er vielfach als Unterhändler für Indien genannt. Man hält Cripps deshalb für be-